

# Perspektiven für Brucker Bürger nach der Säkularisation

Von Angelika Mundorff M. A.

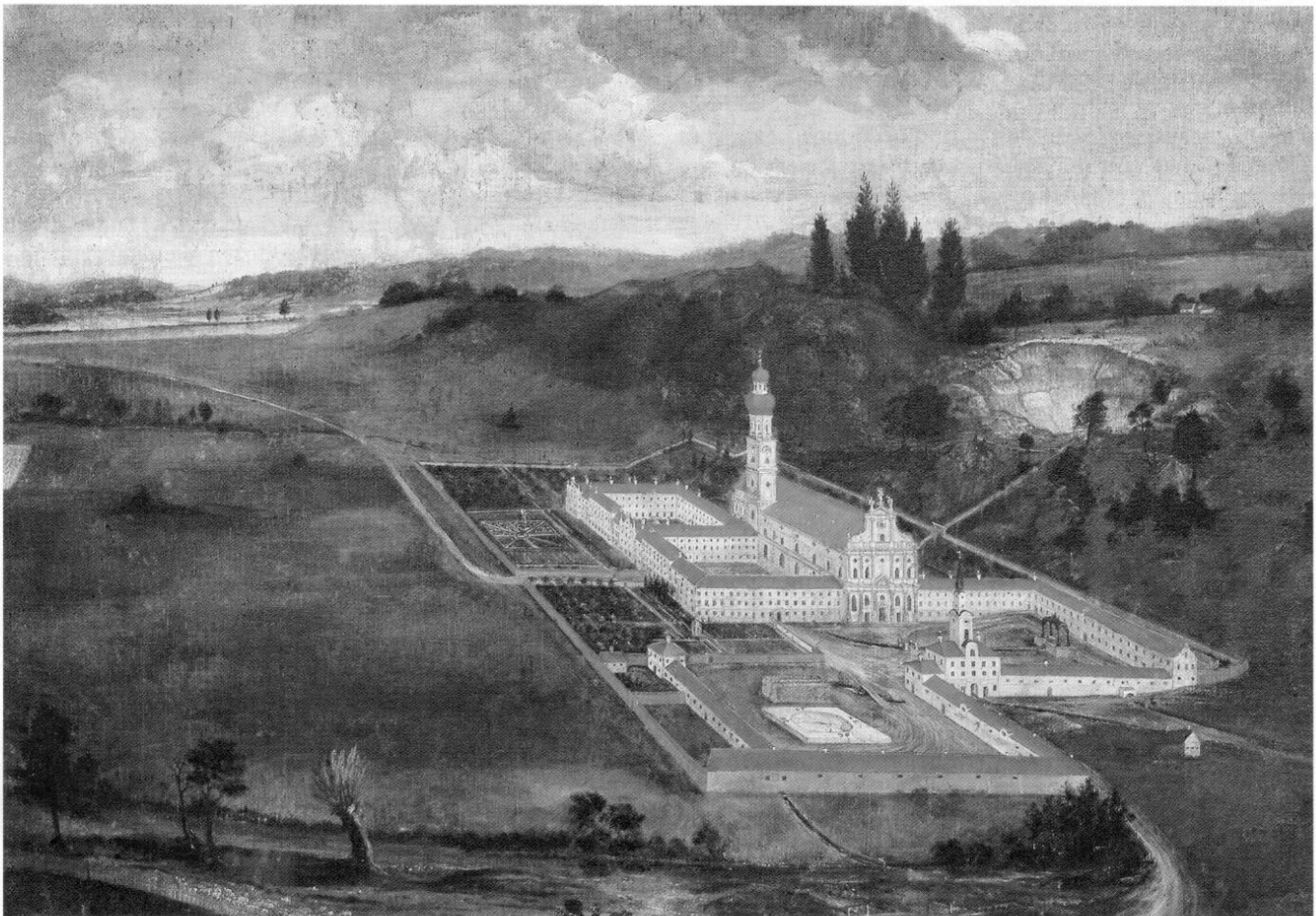
Die Auflösung des Klosters Fürstenfeld brachte für viele Menschen in Fürstenfeld, in der Marktgemeinde Bruck und in der gesamten Region einschneidende Veränderungen. Von der neuen Situation waren nicht nur die Konventualen betroffen, sondern auch die im Klosterdienst stehenden Handwerker, Angestellten und Tagelöhner des Klosters. Zu ihnen gehörten auch zahlreiche Handwerker und Tagelöhner in der Marktgemeinde Bruck, die entweder im Kloster angestellt waren oder ihre Aufträge fast ausschließlich vom Kloster erhielten. Bisher hatte das Kloster für eine mehr oder weniger gleichmäßige Auftragslage bei den Brucker Handwerkern gesorgt, sozial Schwächere als Tagelöhner beschäftigt oder in Notlagen mit Nahrungsmitteln oder Saatgut unterstützt und in gewissem Umfang auch für Kranke und Notleidende gesorgt. Darüber hinaus waren die Bürger bisher gewöhnt, dem Kloster als Grundherrn vergleichsweise niedrige Grundabgaben zu bezahlen. Außerdem hatte das Kloster Fürstenfeld seinen klostereigenen Markt stets vor Steuerforderungen des Landesherrn geschützt.<sup>1</sup>

Die Bürger waren also einen beschützten und sozial abgesicherten, wenn auch bescheidenen Lebensstandard gewöhnt, der nun in Gefahr war. Die Reaktion der Bürger unmittelbar nach der Aufhebung des Klosters zeigt, dass sie sich ihrer bisherigen vergleichsweise privilegierten Situation durchaus bewusst waren, obwohl Rechtsstreitigkeiten ihre Beziehung zum Kloster über Jahrzehnte hinweg belastet hatten. Schließ-

lich war die Klosterherrschaft überall spürbar gewesen und war zeitweise als übermächtig empfunden worden. Die Absicherung durch das Kloster war nur eine Seite, auf der anderen Seite hatte die Bürgerschaft Brucks es durchaus als Nachteil empfunden, ein »klostereigener« Markt zu sein, der nie eine den anderen bayerischen Märkten vergleichbare Autonomie und die Mitgliedschaft in den Landständen erreicht hatte.<sup>2</sup>

## Der 18. März 1803

Die Aufhebung des Klosters Fürstenfeld fand am 18. März 1803 statt. Die Vermutung liegt nahe, dass dieses Ereignis innerhalb kürzester Zeit im Markt bekannt war, nicht zuletzt weil einige Brucker Bürger direkt im Kloster tätig waren. Wie mochten die Menschen das Erscheinen des Aufhebungskommissars Christian Adam Heydolph erlebt haben, sein selbstbewusstes Auftreten gegen ihre bisherige Herrschaft? Sicher hatte man schon von der Aufhebung und Zerstörung des nahegelegenen Klosters Taxa einige Monate zuvor gehört, und die Menschen begriffen, dass die Situation für sie ernst war. Wie einzelne Schreiben und Berichte aus dem Jahr 1803 und den folgenden Jahren zeigen, fühlten sich viele Brucker Bürger unmittelbar in ihrer Existenz bedroht. Die Ungewissheit, wie sich die plötzliche Entmachtung ihrer Klosterherrschaft und der Verlust ihres ständigen Auftraggebers auf ihr weiteres Leben auswirken würde, mag bei den meisten



Die imposante Klosteranlage nach Abschluss aller barocken Neubauten am Ende des 18. Jahrhunderts.

Foto: Verfasser

Betroffenen eine angstvolle, wenn nicht panische Stimmung hervorgerufen haben.

Dazu trug nicht unerheblich bei, dass der Aufhebungskommissar sofort alle weltlichen Bediensteten entließ, die nicht unmittelbar für die Aufrechterhaltung der wichtigsten Klosterökonomiebereiche und der Klosterverwaltung gebraucht wurden.<sup>3</sup> Hinzu kam der Abtransport der wertvolleren Klosterschätze nach München und die Einleitung der Versteigerung von beweglichem und unbeweglichem Klosterbesitz. Die Auflösung dieser Werte verunsicherten und ängstigten die Bevölkerung und hier vor allem diejenigen, die in irgendeiner Form vom Kloster als Arbeitgeber abhängig gewesen waren.

#### *Neue Situation des Marktes*

Einige Bürger entschieden sich zu schnellem Handeln. Ein erstes Schreiben der Brucker Bürgerschaft erreichte die kurfürstliche Generallandesdirektion, die in ganz Bayern die Säkularisation regierungsverantwortlich durchführte, bereits am 7. Mai 1803. »Der Markt Prugg«, so beschrieben die Brucker Bürger die wirtschaftliche Situation des Marktes, »besteht aus 152 Häusern, wovon 16 nur mit Ökonomie und Feldbau, 136 aber nicht mit dem geringsten derley versehen sind. Wir, die wir bey weitem den größten Haufen ausmachen, sind theils Professionisten, theils Zimmerleute und Mauerer, oder gar Tagwerker, die sehr kümmerlich leben müssen, und uns nunmehr bey Aufhebung des Klosters der Dürftigkeit und dem Elende aus der Ursache noch mehr Preis gegeben sehen, weil wir einerseits die Arbeit verlieren, andererseits aber auch keine Hoffnung mehr haben, nach verkauften Grundstück für unser weniges Vieh einiges Stroh oder Heu, wie bisher vom Kloster zu erhalten, wegen Geldmangel und Armuth hingegen derley Grundstücke kaufen nicht im Stande sind.«<sup>4</sup>

Da der Markt nicht den geringsten Gemeindegund, keine Gemeindegewaldung, keine Fischteiche etc. besitze und sie als Bürger nun nicht mehr ihr Vieh wie zuvor in die Klosterwäldungen zur Weide treiben dürfen und bedürftige Leute vom Kloster nun auch nicht mehr bei Bedarf Getreide »als Furage« erhalten können, erbitten sie als »Entschädigung« einen Teil des Klostergrundes für die Gemeinde.

In der Form, wie von der Brucker Bürgerschaft gewünscht, wurde die Angelegenheit aber von der kurfürstlichen Generallandesdirektion nicht geregelt. Obwohl sie einen Teil der sog. »weltlichen Dienstleute«, also der im direkten Arbeitsverhältnis zum Kloster stehenden Handwerker, Angestellten und Tagelöhner, mit Grundstücken und Pensionen für ihre Verdienstauffälle entschädigte,<sup>5</sup> sofern sie sich nicht »selbst weiterbringen« konnten, fielen die Brucker Bürger, die nur von Fall zu Fall vom Kloster Aufträge erhalten hatten, nicht unter die restriktiven Richtlinien, die am 3. Juni 1803 von der Generallandesdirektion an sämtliche Lokalkommissare für die ständischen Klöster ausgehändigt wurden. Sie enthielten genaue Anweisungen hinsichtlich einer Verdienstauffallentschädigung ehemaliger Klosterangehöriger mit Ökonomiegründen und Kulturland.<sup>6</sup>

#### *Grundenwerb durch Bürger*

Immerhin wurde einigen Bürgern gestattet, Grund aus dem ehemaligen Klosterbesitz zu erwerben. Unter ihnen war z. B. der Jungmetzger Joseph Bernhard, der 2/3 Tagwerk Grund zum Preis von 200 fl kaufte. Er musste dafür allerdings sein Vermögen verpfänden. Der Zimmermann Mathias Wöll zahlte 16 fl für 1/4 Tagwerk Grund. Auch er verpfändete dafür sein Vermögen. Der Bäcker Simon Höfler kaufte gleichfalls

1/4 Tagwerk und bezahlte dafür 25 fl. Der Weber Joseph Gischer erwarb 1/2 Tagwerk für 12 fl, während Mathias Weigl, Schuhmacher, das ihm bereits 1799 vom Kloster zur Pacht überlassene Grundstück von 1/2 Tagwerk (1277 m<sup>2</sup>) für nur 12 fl erhielt. Georg Greithofer, Gerber, kaufte das ihm 1802 überlassene Grundstück von 1/4 Tagwerk für 25 fl. Veit Klotz, ein Schaffler, erhielt das ihm lebenslänglich überlassene Grundstück von 1/2 Tagwerk zu 22 fl.<sup>8</sup> Die unterschiedlichen Preise hingen zum einen sicherlich mit der Qualität und Lage der Grundstücke zusammen, zum anderen wurde die Verkaufssumme offenbar aber auch zu Gunsten des Käufers festgesetzt, wenn er das Grundstück bereits seit Jahren auf Pachtbasis bewirtschaftet hatte. Größtenteils hatte Heydolph diese Gründe aber deutlich über dem Schätzwert an den Mann gebracht. So teilte er der Generallandesdirektion mit spürbarer Genugtuung mit, dass er die an die Brucker Bürger ausgegebenen 4/5 Tagwerk Ödgrund, welche auf einen Wert von 123 fl 45 X geschätzt worden waren, zum Preis von 337 fl, also 213 fl 15 X über Schätzwert verkauft habe. Im selben Schreiben bat er aber für den Jungmetzger Bernhard, man möge diesem, da die von ihm nun gekauften Gründe an der Amper dauernd überschwemmt seien, den ursprünglichen Grundzins von 6 fl auf 4 fl reduzieren.<sup>9</sup> Im Übrigen wurde den Käufern von Ödland der Grundzins für 25 Jahre erlassen.<sup>10</sup>

Insgesamt war es 18 Bürgern gelungen, zwischen 1/2 Tagwerk (ca. 425 m<sup>2</sup>) und 2 Tagwerk (6814 m<sup>2</sup>) in ihren Besitz zu bringen,<sup>11</sup> um ihre Existenzgrundlagen zu sichern. Sie verwandelten die kleinen Ödlandgründe mit großer Mühe in landwirtschaftliches Nutzland und konnten so einen Teil ihrer Verluste ausgleichen. Mehr Grund und Boden zu kaufen, wären die meisten finanziell vermutlich ohnehin nicht in der Lage gewesen. Außerdem war der Staat daran interessiert, die Liegenschaften Fürstenfelds möglichst geschlossen an einen einzigen Interessenten zu veräußern.<sup>12</sup> Deshalb ist es vermutlich auch zu keinen größeren Erwerbungen von Seiten der Marktgemeinde gekommen.<sup>13</sup> Die Gemeinde erwarb lediglich ein Tagwerk Grund sowie die Kapelle St. Leonhard in Bruck (geschätzt auf 180 fl, Erlös 310 fl) sowie das sog. Fischerhaus (280 zu 340 fl). Der Verkauf dieses Hauses an die Gemeinde Bruck wurde vom Kurfürsten allerdings nur deshalb genehmigt, weil die Bürgerschaft darin ein Krankenhaus einrichten wollte.<sup>14</sup>

#### *Wirtschaftlicher Wandel und Beschäftigungsmöglichkeiten*

Die relative wirtschaftliche und soziale Sicherheit, die die Bürger seit Jahrhunderten unter dem Kloster genossen hatten, hatte nicht dazu beigetragen, bei den einzelnen Eigenverantwortung oder gar unternehmerisches Denken zu fördern. Die Umbruchsituation nach der Säkularisation bewirkte unterschiedliche Reaktionen: Nicht wenige zogen sich – zumindest in den ersten Monaten – auf die Position zurück, dass der Staat nun die Verantwortung für ihr weiteres Fortkommen übernehmen müsse, und versuchten immer wieder, die Generallandesdirektion zur Zahlung einer Pension oder zur Überlassung von Grund zu veranlassen. Letztlich bezog der Staat aber eine eher restriktive Haltung, um die finanziellen Lasten einzudämmen. Von den meisten Schicksalen haben wir keine schriftlichen Nachrichten überliefert. Allgemeine Aussagen lassen sich aber aufgrund verschiedener statistischer Angaben treffen. So wuchs die Gemeinde Bruck zwischen 1796 und 1809 deutlich an. Wohnten 1796 noch zirka 800 Personen in 152 Häusern, bestand der Markt Bruck 1809 bereits aus 179 Häusern und »seine Bevölkerung



bestand aus 1311 Civil- und 73 Militärpersonen.<sup>15</sup> Diesem enormen Zuwachs steht aber eine sich vermindernde Zahl an Gewerbebetrieben gegenüber: Im Jahr 1800 wurden 104 Gewerbe im Markt Bruck festgestellt, während es 1825 nur noch 94 waren.<sup>16</sup> Eine selbständige Existenz scheint also schwieriger geworden zu sein. In welchen Bereichen die Menschen allerdings ihren Broterwerb verdienen konnten, bleibt unklar.

Einer der ersten, die sich über die wirtschaftliche Lage der Fürstenfeldbrucker Gedanken machten, war selbst Brucker Bürger und von überraschendem Weitblick. Der Brucker Posthalter Ludwig Philipp Weiß wies in einem Antrag an die Regierung vom 26. November 1803 explizit darauf hin, dass mit den von ihm geplanten Straßenbauarbeiten auch die Leute eine Beschäftigung fänden, die durch die Klosteraufhebung arbeitslos geworden seien.<sup>17</sup> Wir haben hier eines der wenigen Zeitzeugnisse, die über die wirtschaftliche Situation der Brucker Bürgerschaft Auskunft geben. Weiß führt aus, dass durch den Straßenbau nicht nur die Straße gefahrlos, leicht und bequem gemacht werde, sondern ihn auch der Umstand bewege, dass sich seit der Aufhebung des Klosters und Verlegung des Gerichts nach Dachau die meisten Tagwerker des Ortes sowie zwei Drittel der Bürgerschaft in elendem Nahrungszustand befänden. Diese könnten wenigstens den Winter über bei der Abtragung der Straßenberge »einen Brocken Brot« verdienen. Mit einer gnädigsten Verfügung könnte diesem Übel gesteuert und dem Ruin der Straße abgeholfen werden.<sup>18</sup>

Mit Sicherheit waren also die umfangreichen Straßenbauarbeiten, die Ludwig Philipp Weiß von 1804 bis 1808 zwischen Freiam und Merching durchführen ließ, und die daraus resultierende Wiederaufnahme der Poststrecke über Bruck eine Einkommensmöglichkeit für nicht wenige Brucker Bürger. Nach Fertigstellung der Straße ließ Weiß rechts und links davon etwa 5000 Obstbäume pflanzen, wofür er im Jahr 1805 von der Regierung eine öffentliche Anerkennung für Verdienste um die Beförderung der Landeskultur erhielt.<sup>19</sup> Auch hier wurden sicherlich Brucker Arbeitskräfte eingesetzt. Eine weitere Verdienstmöglichkeit mag die Errichtung der etwa 30 zusätzlichen Wohngebäude gewesen sein, die in den Jahren 1803 bis 1809 entstanden. Hinzu kamen schließlich verschiedene Tätigkeiten in den Verwaltungsbehörden, die ab 1816 sukzessive in Bruck angesiedelt wurden.

Im Jahr 1803 mögen manche für sich erste Perspektiven gesehen haben, als bekannt wurde, dass der böhmische Kattunfabrikant Ignaz Leitenberger das gesamte Klosterareal erworben hatte, um in Fürstenfeld eine Leinwandfabrik zu errichten. Auch die bayerische Regierung versprach sich von Leitenbergers Projekt wirtschaftliche Impulse und beschäftigungspolitische Vorteile.<sup>20</sup> Obwohl sich die wirtschaftliche Lage durch die napoleonischen Kriege für Leitenberger schnell verschlechterte und er seine Pläne für eine Fabrik in Fürstenfeld aufgeben musste, erhielt er immerhin bis 1817 einen Teil der handwerklichen und landwirtschaftlichen Betriebe des ehemaligen Klosters aufrecht. Wäre die Einrichtung einer großen Fabrikanlage realisiert worden, hätte sich für die Bevölkerung eine sichere Arbeitssituation ergeben.

#### *Apotheker*

Bemerkenswert erscheint, dass Leitenberger bei verschiedenen Personen in kurzer Zeit offenbar großes Vertrauen genoss und um Unterstützung gebeten wurde. So ermöglichte er dem Apotheker Clemens Kette, der bereits im Dienste des Klosters die Apotheke geführt hatte, durch ein Darlehen den

Erwerb der Apothekenkonzession sowie der Einrichtungsgegenstände.<sup>21</sup> Der Apotheker hatte zu den wenigen gehört, die nach der Aufhebung des Klosters im März 1803 im Dienst bleiben konnten. Er erhielt die Erlaubnis, bis zur Abwicklung der Klosterangelegenheiten seine Tätigkeit weiterhin an Ort und Stelle auszuüben. In dem entsprechenden Vorbericht Heydolchs vom März 1803 hieß es, dass weder der Apotheker Kette noch sein Laborant Augustin Pfeiffer einen »Bestallungsbrief« besaßen, aber Kette sich den Ruf eines in seinem Fache geschickten Apothekers erworben habe. Weiter heißt es, da » (...) die Existenz einer Apotheke dießseitiger Gegend zum besten der Menschheit sehr nothwendig seyn dürfte, so könnte derselbe bis zu dem ohnehin nicht fernen Verkaufe die Apotheke beibehalten und ihm tägl. 1 fl., dießem Laboranten aber 40 kr. bewilligt werden, mit dem Beding, daß er über den Verkauf der Medikamente getreue Rechnung ablege.«<sup>22</sup> Am 29. März erging eine erste Instruktion der Generallandesdirektion zu den einzelnen Personen. Sie folgte im Wesentlichen den Vorschlägen des Aufhebungskommissars. Die Monate von März bis zur Versteigerung im August 1803 mögen für Kette wie für viele andere von der Ungewissheit ihres weiteren Werdegangs geprägt gewesen sein. Der Apotheker scheint jedenfalls bereits kurz nach der Klosteraufhebung einen Antrag zum Erwerb der Klosterapotheke gestellt zu haben, denn bereits am 28. Juni 1803 schlug Heydolch vor: »Sollte der Apotheker nach seinem schon geschlagenen Angebot die Klosterapotheke auch im Versteigerungswege nicht erhalten, können (sie, d. h. der Apotheker und der Laborant) mit ihrer Apotheken Kunde anderweite Dienste suchen, und auch sich leicht erhalten, denn beide sind noch gesunden Körperbaues.«<sup>23</sup> Der Apotheker versuchte noch ein weiteres Mal, nämlich am 23. August 1803, die Apotheke auf direktem Weg zu erwerben und bat darum, ihm die Einrichtung für 500 fl zu überlassen. Außerdem wies er darauf hin, dass die Vorräte, das heißt also die Medikamente, ihm gehören. Die Apotheke sei sein einziger Erwerbszweig, er könnte aber auf den höchsten Verdienst verzichten, wenn ihm nur die Mittel gegeben würden, sich ehrlich ernähren zu können. Seiner Bitte wurde nicht entsprochen, man gestand dem früheren Klosterbediensteten also nicht zu, die Apothekenkonzession und -einrichtung außerhalb einer öffentlichen Versteigerung zu erwerben. Kette ersteigerte die Apotheke am 29. August 1803 schließlich für 1000 Gulden. Er betrieb die Apotheke an ihrem alten Platz im »Apothekenbau« des Klosters weiter bis 1814 und versorgte die Kranken im weiten Umkreis mit Medikamenten. Mit der Selbständigkeit kam der Apotheker aber offenbar nicht zurecht. Die Einnahmen entsprachen wohl nicht den Erwartungen.<sup>24</sup> Schließlich gab Kette auf und verließ das ehemalige Kloster. Da er in Bruck kein Bürgerrecht hatte, musste er offenbar ganz von hier wegziehen. Über sein weiteres Schicksal ist nichts bekannt. Offenbar hatte er das Darlehen nicht zurückzahlen können. Die Apotheke ging somit in den Besitz von Ignaz Leitenberger über, der die Apotheke 1814 dem geprüften Apotheker Philipp Heunisch zur Pacht gab. Sie sei, wie dieser später einmal zu Protokoll gab, ganz in Verfall gewesen.<sup>25</sup> Auch diese Tatsache spricht für eine gescheiterte Existenz.

#### *Klosterbader*

Ob der einzelne eine Lebensperspektive für sich entwickeln konnte, hing natürlich auch von der »Starthilfe« ab. Adam Krätz, der ehemalige Klosterbader und -chirurg, hat es verstanden, durch nicht nachlassendes Argumentieren vier Tagwerk Lämmerweide als Entschädigung vom Staat zu erhal-

ten, obwohl er als nicht pensionsberechtigt eingestuft worden war.<sup>26</sup> Von ihm ist ein Schreiben vom April 1803<sup>27</sup> überliefert, in dem er wortreich betont, dass er sich wie sonst keiner benachteiligt fühlt. Er bezog vom Kloster seine jährliche »Bestallung«. Die wenigen »Balbierkreuzer« müsse er für seinen Gesellen wieder ausgeben, auch sonst verdiene er nichts weiter, als manchmal für sogenannte »Scheerwerksarbeiten« (Haarschnitte). Die vermögenden Bierbräuer und andere Bürger aber ließen einen Doktor oder Feldscher (Wundarzt) aus München kommen, die ärmeren Bewohner des Orts, die freilich Zuflucht zu ihm nahmen, könnten nichts zahlen. Er sei zwar beim »collegio medico« als »Chirurg und Accoucher«<sup>28</sup> geführt und habe die Beweise seiner Fähigkeiten und Kenntnisse eben so gut wie jeder seines Zeichens in der Stadt München abgelegt, aber die reicheren Bürger wollten eben doch durch Leute aus der Hauptstadt bedient werden, weil man sich dadurch ein größeres Ansehen verschaffen wolle, sodass für ihn selbst nichts mehr übrigbliebe. Er hatte seinen Lebensunterhalt ausschließlich dem Kloster Fürstenfeld zu verdanken und da dieses nun weg sei, sei sozusagen auch sein Fortkommen abhanden gekommen. Krätz argumentiert in seinem Schreiben sehr geschickt und appelliert an den Gerechtigkeitssinn des Kurfürsten. »Die höchste Intention Seiner Churfürstlichen Durchlaucht kann es doch niemals sein, daß die Aufhebung eines Klosters das Verderben eines getreuen Bürgers gar so sehr zur Folge haben soll, noch jederzeit traff in derley Fällen Entschädigung für den Entgang ein. Durch die gnädigst abgeordnete Local Kommission nachher Fürstenfeld wurde der jährliche Bezug des vom Kloster genossenen Natural- und Gelderhalts auf jährliche 358 fl. 56 kr. in Anschlag gebracht, zu dessen Beweis lege ich anliegende Fassion bey. Es wäre doch mit den höchst anstammenden Gnaden, so wie mit dem höchsten Vorhaben seiner Churfürstlichen Durchlaucht nicht vereinbarlich, daß neben und mit dem Kloster auch ich all meiner Lebsucht aufgehoben seyn sollte, ich stelle demnach die gehorsamste Bitte, es wolle gnädigst resolviert werden, daß mir zu einer etwelchen Entschädigung doch aus der Klostercassa ad dies vitae jährlich 200 fl. in Quartals Ratis in höchsten Gnaden bewilligt werden möchten.«<sup>29</sup>

Heydolph nimmt zu diesem Schreiben von Krätz am 28. Juni 1803 Stellung.<sup>30</sup> Er selbst hält die von Krätz beschriebene Notlage für übertrieben, da das Geschäft in Bruck nicht so schlecht ginge. Er würde, wenn wohlhabende Bürger ihre Chirurgen aus München kommen lassen, von diesen regelmäßig als Ortschirurg hinzugezogen werden. Heydolph plädierte dafür, ihm nur vier Juchert<sup>31</sup> Ödland zu überlassen.

Krätz wiederholt seine Bitte nochmals am 15. September 1803 und am 6. August 1804 und argumentiert erneut rhetorisch geschickt mit den Worten: »Da Seine Churfürstliche Durchlaucht bey Aufhebung der Klöster blos die Beförderung eines mehr nützlichen Zwecks zum Ziele sich vorsetzte, so kann es ja ohnmöglich höchstdero Willen seyn, daß wegen Erzielung des einen, Individuen von anderen leiden, verkürzt werden sollen, und da mehr als väterliche Vorsorge sich für alte Kloster Individuen deutlich zeigt, so wage auch ich es eine Churfürstliche Landes Direction unterthänigst gehorsamst zu bitten, mir in Hinsicht meines so groß erlittenen Verlustes als ein verpflichtetes Kloster Individuum aus dem Churfürstlichen Klosterfonds zur Milderung meiner Lage eine jährliche Pension gnädigst zu ertheilen.«<sup>32</sup>

Die Generallandesdirektion entschied, dem Vorschlag Heydolphs zu folgen und bewilligte vier Tagwerk Lämmerweide als Entschädigung.

Wie aus einem Verzeichnis aus dem Jahr 1810 hervorgeht, erhielten außer Krätz noch 12 weitere Personen aus dem weltlichen Dienstpersonal Fürstenfelds, die nicht als pensionsberechtigt eingestuft waren, jeweils zwei bis vier Tagwerk Ödland bzw. Lämmerweide. Die insgesamt 35½ Tagwerk öden Gründe wurden noch vor dem Verkauf des Klosters an Leitenberger am 31. Mai 1803 aus der Verkaufsmasse ausgeschieden, sind aber erst 1812 den Bürgern als »Ewig Eigenthum« überlassen worden.<sup>33</sup>

#### Klosterschullehrer

Im Gegensatz zum ehemaligen Klosterbader, der seine Ansprüche dem Staat gegenüber mehrfach und deutlich formulieren musste, um schließlich ein Stück Land als Entschädigung für seinen Verdienstaussfall zu erhalten, bekam der ehemalige Lehrer der Klosterschule, Michael Wermuth, relativ schnell und unproblematisch eine vorläufige Pension in Höhe von 20 Kreuzer täglich. Dies entsprach in etwa seinem Antrag auf 100 fl jährlich, bedeutete aber dennoch einen Verlust seiner vorherigen Einnahmen um ein Viertel, da Heydolph in seinem ersten Bericht an die Generallandesdirektion vermerkte, dass der Schullehrer vom Kloster ein Gehalt »in Geld und Holz« von 137 fl 30 X bezogen hatte. In der Beschreibung der Lebenssituation, die der Aufhebungskommissar in seinem Bericht abgab, wurde Wermuth außergewöhnlich gut beurteilt. So schreibt Heydolph: »(...) allein der gegenwärtige junge Klosterlehrer Michael Wermuth hat die Schulle auf einen Grad der Vollkommenheit gebracht, die schwerlich auf dem Lande besser gefunden sind, durch seinen (...) Fleiß und Thätigkeit hat er durch Beyhilfe des aufgeklärten Abtes Gerhards alle, einer besseren Einrichtung der Schulle entgegenstandenen Hindernisse überstiegen und sich allgemeinen Beyfall (und) Verdienste erworben, die in jedem Betrachte vorzügliche Rücksicht verdienen.« Ohne die Unterstützung des Klosters würde er für sich und seine Familie<sup>34</sup> das hinlängliche Auskommen nicht haben, und »Armuth macht besonders bey einem Schullehrer Muthlosigkeit«. Deshalb sollten bis die Schullandeskasse imstande sein wird, Schullehrer auf dem Lande zu unterstützen, dem Lehrer Wermuth aus den Klosterrenten einen Verdienst von 100 fl »angegönnt werden.«<sup>35</sup> Die Generallandesdirektion entsprach dem Vorschlag Heydolphs und genehmigte die vorläufige Pensionszahlung am 29. März 1803.<sup>36</sup> Im Übrigen wird das günstige Urteil Heydolphs über den jungen, engagierten Lehrer durch einen Eintrag in seiner Personalakte bestätigt.<sup>37</sup> Demnach wurde Wermuth bei einer Schulauszeichnung 1803 offiziell belobigt.

Wermuth, der bei der Klosteraufhebung 28 Jahre alt war, unterrichtete nicht nur an der Klosterschule, sondern seit September 1801 in erster Linie an der Schule des Marktes Bruck, wo er eine jährliche Besoldung in Höhe von 261 fl erhielt. Sein Personalakt aus dem Jahr 1820 gibt Aufschluss darüber, dass der in Hagenhill/Oberpfalz gebürtige Lehrer ein Philosophiestudium absolviert hatte. Eine Prüfung, wie sie für Lehrer damals durchaus üblich war, hatte er offensichtlich aber nicht abgelegt.<sup>38</sup> In Bruck war es üblich, die Tätigkeit des Lehrers mit der des Chorregenten zu verbinden, wofür er zunächst 10 fl jährlich erhielt. Neben dieser Tätigkeit erhielt Wermuth nach eigenen Angaben noch weitere Nebeneinkünfte als Mesner, Organist, »Fleischaufschläger« (Fleischbeschauer), Tanzmusiker, Hochzeitslader und für das Sammeln der sogenannten »Lottokollekte«. Ab 1817 gab es aber staatliche Anordnungen, die es den Lehrern verbot, einen Nebenverdienst für Tanzmusik und andere »weltliche« Tätig-



keiten anzunehmen.<sup>39</sup> Mehrmals stellte der Lehrer daraufhin Anträge an die Marktgemeinde, seine Einkünfte als Chorregent oder den Zuschuss für seinen »Nebenlehrer« zu erhöhen. In den Beschreibungen seiner Lebenssituation wird deutlich, dass er zeitlebens sehr sparsam sein musste und sein bescheidenes Einkommen für den Unterhalt seiner Familie kaum ausreichte. Ob die Säkularisation sich auf seinen Wegdegang negativ auswirkte, darüber kann man nur spekulieren. Vielleicht wäre Wermuths Karriere anders verlaufen, wenn er weiterhin als Klosterlehrer tätig gewesen wäre. Möglicherweise hätte ihm Abt Führer, der den tüchtigen jungen Mann offenbar sehr schätzte, weitere Aufgabengebiete übertragen. Aber auch so scheint er ein erfülltes Leben gehabt zu haben, da er seinen Lehrerberuf offensichtlich sehr gerne ausübte. Als der beliebte Lehrer 1851 in den Ruhestand ging, dankten ihm seine ehemaligen Schüler in einer anrührenden Laudatio für sein ein halbes Jahrhundert währendes Engagement.<sup>40</sup>

#### *Brückenzöllner*

Eine wesentlich höhere Entschädigung als allen bisher genannten Brucker Bürgern wäre aufgrund seines vorherigen Gehalts dem so genannten Bruckzöllner und Gerichtsdienier Joachim Stoer zugestanden. Am 28. März 1803 stellte Heydolph jedoch fest, dass das bisherige Gehalt »des Hofmarkts Gerichtsdieners Joachim Stoer höher ausfällt, als kaum ein kurfürstlicher Landgerichtsdienier eine solche aufweisen kann«. Er schlug vor, dass »das selbige daher noch einige Moderation in der auszuwerfenden Pension billig unterworfen sein dürfte.«<sup>41</sup>

Zunächst wurde dem seit 1781 tätigen Gerichtsdienier daraufhin eine provisorische Pension von einem Gulden täglich zuerkannt und die Genehmigung erteilt, im so genannten Zollhaus unentgeltlich wohnen zu bleiben. Gleichzeitig sollte geprüft werden, ob Stoer verheiratet und »mit Kindern versehen sey«.<sup>42</sup> Am 14. Mai 1803 wandte sich Stoer selbst an die Generallandesdirektion und beantragte eine Erhöhung dieser Pension, damit er seinen Amtsknecht weiterhin beschäftigen konnte. Am 19. Mai forderte die Generallandesdirektion Heydolph auf, einen gutachterlichen Bericht zu erstellen. Heydolph bestätigte die Angaben Stoer, woraufhin dieser rückwirkend zum 1. April 1803 zusätzliche 30 X täglich erhielt. Stoer, der mit den Bewilligungen der Generallandesdirektion im Jahr 1803 seinen weiteren Lebensunterhalt zunächst gesichert gesehen hatte, musste zu Beginn 1804 feststellen, dass seine Zukunft auf recht wackligen Füßen stand. Die Generallandesdirektion entschied sich als erstes für eine Staatskosten sparende Variante, nämlich den Brückenzöllner und Gerichtsdienier mit den Einnahmen als Zolleinnehmer und einem lebenslänglichen Wohnrecht für sich und seine Frau im nunmehr neu eröffneten kurfürstlichen Zollhaus abzufinden. Der Ausdruck »neueröffnet« bezog sich dabei auf die Tatsache, dass Stoer für die im Jahr 1803 erforderlichen Verbesserungsarbeiten am Zollhaus bereits 314 fl 18 X aus eigener Tasche bezahlt hatte. Der Brückenzöllner war mit dieser Regelung nicht einverstanden. Daher wandte er sich am 2. Januar 1804 wiederum an die Generallandesdirektion<sup>43</sup> und legte dar, dass er zwar auf Erstattung der Umbaukosten gerne verzichten würde, aber wegen der sehr geringen Zolleinnahme<sup>44</sup> nicht überleben könnte und deshalb darum bitte, man möchte ihm doch auch die schon versprochene Pension zuweisen. Er habe ja auch wie gefordert der Lokalkommission Einblick über seine Einkünfte aus dem Zoll gegeben. Weit mehr beunruhigte ihn, dass er erfahren habe, ein Seifensieder aus Ingolstadt wolle das Haus erwerben und den anfal-



Abt Gerard Führer, geb. 1745 in Erding, gest. 1820 in Bruck, war von 1796 bis 1803 letzter Abt.  
Foto: Verfasser

lenden Zoll umsonst einnehmen und verrechnen, falls er in Bruck oder Dachau die Gerechtigkeit (Zunftrecht) erwerben könne. Wortreich schilderte Stoer in demselben Schreiben seine eigenen langjährigen, besonders während des langen Krieges,<sup>45</sup> treuen unbescholtenen und fleißigen Dienste zum Wohle des Staates und der Untertanen. Er habe »nicht allein sehr oft Leib und Leben, sondern auch 700 fl. Barschaft aufgeopfert«, dies wurde ihm von seiner vormaligen Obrigkeit hinlänglich attestiert. Man möge ihm doch bitte Haus und Zoll belassen. Dafür werde er nicht nur die Zolleinnahmen weiter getreu unentgeltlich besorgen, sondern auch das Zollhaus zum Schätzpreis erwerben und bar bezahlen. Er räumte in seinem Gesuch zwar ein, noch ein kleines Häuschen zu besitzen, worin er seine wenigen Feldfrüchte verwahrte. Dort fände mit der Zollwaage die »Bewägung« des Hopfens für die Brauer des Markts statt. Das Häuschen enthielte aber nur eine enge kleine Wohnung, worin der alte Schullehrer mehr als eingeschränkt wohne. Außerdem besäße er noch sieben Juchart Ödland, das er sich »zur Erleichterung seines dermalen schweren Schicksals gekauft habe«, dessen Kultivierung ihn schon über 300 fl gekostet habe. Verlöre er nun das Zollhaus, hätte er keine Wohnung und keine Stallung für seine Pferde und sein Hornvieh. Er müsste mit seiner ganzen Kultur zugrunde gehen und die schon verwendeten 300 fl in den Wind schreiben. Er bat schließlich nochmals darum, dies bei einer künftigen Pensionsregulierung zu berücksichtigen.

#### *Seifensieder*

Interessanterweise ist auch der Schriftverkehr des Seifensieders Soller erhalten geblieben, der fast gleichzeitig, nämlich am 3. Januar 1804 an die Generallandesdirektion und am

6. Januar 1804 auch an den Kurfürsten schrieb. Auch er beantragte den Kauf des Zollhauses und bat darum, ihm eine außerauktionäre Möglichkeit zum Kauf zu gewähren, »da er gegen eine wegen der Seifensiederei<sup>46</sup> gegen ihn verschworenen Bürgerschaft, den Vorteil des Gerichtsdieners, der überdies noch ein anderes Haus besitzt, auch bei Überzahlung nichts ausrichten könne«. Er weist nachdrücklich darauf hin, dass alle übrigen Gebäude gleichfalls »außer dem Versteigerungswege« veräußert worden seien, wobei er sich auf den Verkauf des Klosters an Ignaz Leitenberger bezog. Außerdem fiele er selbst, sein Weib und seine drei Kinder ohne das Haus dem Bettelstabe anheim, weil er die Loderergerechtigkeit nach erhaltener Seifensiederei verkauft habe, »um sich bestens zu dieser kostspieligen Profession ausrichten zu können«. Er bot an, »ohne den Schätzpreis zu kennen, sogar noch 100 fl. mehr zahlen« zu wollen. Man legte beide Schreiben offenbar dem Minister Montgelas persönlich vor, der noch im Januar entschied, dass das Zollhaus in jedem Fall versteigert werden sollte, wobei dem jeweiligen Antragsteller unbenommen bliebe, das Haus selbst zu erwerben.<sup>47</sup>

Soller gab nicht so schnell auf und legte in einem weiteren Schreiben vom 10. Februar 1804 nochmals seine Lage dar und bekräftigte, dass er eine Versteigerung nicht mehr abwarten könne, er stünde ohne den Kauf allein gegen die Bürgerschaft. Offenbar war Soller bereits nach Fürstenfeldbruck umgesiedelt, da er darauf hinwies, dass seine Kinder bereits den Hass der Bürger zu spüren bekämen. Er habe sich schon drei Monate mit seinen Ersparnissen durchbringen müssen. Falls dieser Zustand noch länger andauere, drohe ihm notwendigerweise das Verderben, ohne die Profession je ausgeübt zu haben. Man möchte ihm also entweder gegen Mietzahlung ein Unterkommen in dem Haus gewähren oder es sofort an ihn verkaufen. Er habe keine Chance bei einer Versteigerung des Hauses, da ihn die Bürgerschaft weghaben wolle. Auch dieses Mal erhielt Soller die Antwort von Montgelas selbst, dass es bei der Versteigerung bleiben würde.<sup>48</sup>

Was aus dem Ingolstädter Seifensieder Soller schließlich wurde, ließ sich nicht feststellen. Wir wissen jedoch, dass das Brückenzollhaus am 7. Juni 1808 (!) um den Preis von 1600 fl durch die Königliche General-Zoll- und Maut-Direktion an den bisherigen Brückenzöllner Stoer verkauft wurde.<sup>49</sup> Vielleicht schaffte es die Brucker Bürgerschaft, die Versteigerung des Zollhauses so lange hinauszuzögern, bis dem ungeliebten Seifensieder das Geld ausging. Dann allerdings fänden die harten Worte Sollers Bestätigung, der in seinem Brief an Montgelas von »der bereits erwiesenen Bosheit der Fürstenfeldbrucker« spricht.

Etwas seltsam mutet die Tatsache an, dass dieses Zollhaus nicht lange danach abgerissen und mindestens bis 1875 nur noch als Wiese genutzt wurde. Möglicherweise wurde das Haus im Jahr 1809 durch einen schweren Brand, der das Nachbaranwesen völlig zerstörte, in Mitleidenschaft gezogen. Nach all den Schwierigkeiten und Wartezeiten, die Joachim Stoer hinnehmen hatte müssen, bis er das Zollhaus für eine recht hohe Summe erwarb, kann man nur ein recht trauriges Ende dieses Lebens vermuten.

#### Langsamer Wandel

Welche Folgen der Ausfall des Klosters als Wirtschaftszentrum und Auftraggeber für Handwerker, Gewerbetreibende und Handel generell hatte, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden. Wenn Jakob Groß jedoch in seiner Chronik 1877 schreibt: »Für Bruck brachte die Klosteraufhebung keinerlei materiellen Nachteil.«, so scheint sich dieses Urteil nur bei

langfristiger Betrachtungsweise zu bestätigen. Für den überwiegenden Teil der Brucker Bürger im Zeitraum von 1803 bis etwa 1818 hatte sich die Situation deutlich verschlechtert. Viele mussten erst lernen, mit ihrer Eigenständigkeit umzugehen und in anderen Bereichen als bisher arbeiten, um ihr Überleben und das ihrer Familien zu sichern. Für die oft hochqualifizierten Handwerker und Kunsthandwerker war die Umstellung auf den Beruf des Kleinlandwirts ein Abstieg, der teilweise mit einem allmählichen Verlust ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten einherging. Die typische Struktur des ehemaligen Klostermarktes, die durch eine Vielzahl kleiner Handwerker, Lohnarbeiter und Kleinbauern bestimmt war, blieb allerdings auch nach der Säkularisation einige Zeit die gleiche.<sup>50</sup>

Mit der Einrichtung der Behörden in Fürstenfeldbruck ab 1816 scheint eine langsame Besserung der Lebensverhältnisse eingetreten zu sein, vielleicht weil die staatliche Verwaltung neue Verordnungen effektiv und rasch durchführte. Zumindest war der Einschnitt, den die Säkularisation zweifellos für die Menschen der Region brachte, nicht mehr so deutlich spürbar. Auch die betroffenen Brucker Bürger scheinen dies so empfunden zu haben. Ein Protokoll aus dem Jahr 1819 enthält diesbezüglich einen interessanten Vermerk. Rückblickend wird hier bestätigt, dass sich 1803 die »Markt-Casse in einem armen Zustand befand«, dieser Zustand sich aber schon seit mehreren Jahren wieder gebessert habe.<sup>51</sup>

#### Anmerkungen:

<sup>1</sup> Reinhard Heydenreuter, Der Markt Bruck und sein Verhältnis zum Kloster Fürstenfeld, in: In Tal und Einsamkeit. 725 Jahre Kloster Fürstenfeld. Die Zisterzienser in Bayern. Band II: Aufsätze. Fürstenfeldbruck 1988, S. 334.

<sup>2</sup> Das Kloster hatte fast den ganzen Grundbesitz innerhalb des Marktes besessen, sodass den Bürgern zwar in der Regel die Häuser gehörten, nicht aber der Grund auf dem sie standen. Die Bürgerschaft des kloster eigenen Marktes Bruck hatte das als untragbar empfunden und sich mehrfach und zuletzt 1797 in einem langwierigen Rechtsstreit mit dem Kloster um mehr Eigenständigkeit bemüht. Doch der Vergleich zwischen Marktgemeinde und Kloster Fürstenfeld, der schließlich am 17. Mai 1797 geschlossen worden war, hatte am Status der Gemeinde wenig geändert. Es war lediglich festgelegt worden, dass die Eigentümer ihre Häuser ohne Zustimmung des Klosters verkaufen durften. Vgl. Heydenreuter (wie Anm. 1), S. 331.

<sup>3</sup> Einige Klosterbeamte wurden unmittelbar in den staatlichen Dienst übernommen. Vgl. dazu den Beitrag von Johannes C. Leuschner, Auswirkungen der Säkularisation auf das weltliche Dienstpersonal Fürstenfelds, in diesem Heft.

<sup>4</sup> BayHStA, KL Fasz. 236/38.

<sup>5</sup> Vgl. Leuschner (wie Anm. 3).

<sup>6</sup> Anspruch auf Entschädigung hatten nur Personen, die: a) eine Familie unterhalten mussten, b) bisherige Klosteruntertanen waren, c) vom Klosterverdienst ihren Lebensunterhalt bestritten und d) sich ohne klösterliche Unterstützung nicht ernähren konnten. Diesem Personenkreis wurden öde Gründe und Weidplätze in einer maximalen Größe von 3 Tagwerke zugewiesen »... ohne Kaufschilling auf bodenzinsiges Eigentum«. Dafür oblag ihnen ein Pachtschilling in Höhe von 3 % der Schätzungssumme, gemessen am allgemeinen Getreidepreis. Waren keine öden Gründe und Weidplätze vorhanden, durften kultivierte Äcker und Wiesen pro Bezugsperson im Schätzungswert von 100 fl zugewiesen werden. Vgl. Gertraud Weinzierl, Die Säkularisation in der Zisterzienserabtei Fürstenfeld 1803 (unveröff. Magisterarbeit LMU), München 1987, S. 88–89.

<sup>7</sup> Auch im Folgenden steht »fl« für Gulden und »X« für Kreuzer, 1 fl entsprach 60 X.

<sup>8</sup> Am 27. Juni 1803 weist die Generallandesdirektion den Aufhebungskommissar Heydolph an, den Verkauf von 5% Ödgrund an die vormaligen Pächter vorzubereiten.

<sup>9</sup> BayHStA, KL Fasz. 236/38.

<sup>10</sup> BayHStA, Lokalkommission 2: Brief Heydolphs an die Generallandesdirektion vom 1. November 1803.

<sup>11</sup> BayHStA, KL Fasz. 236/38.

<sup>12</sup> Der Fabrikant Ignaz Leitenberger (1764–1839) erwarb am 9. Juli 1803 das Kloster Fürstenfeld samt der Meierhöfe Puch und Roggenstein und 602 Tagwerk Wald für 120 659 fl. Vgl. AK Fürstenfeld (Katalog), S. 195.

<sup>13</sup> Dazu Weinzierl (wie Anm. 6), S. 121.

<sup>14</sup> Schreiben Heydolphs an die Gemeinde Bruck vom 20. September 1803: »... so wir rücksichtlich der Überlassung des Fischerhauses an die Bürgerschaft um 400 fl. zu Errichtung eines Krankenhauses von Seite Churfürstlicher Landesdirektion bereits zur höchsten Stelle das Gutachten in favorem abgegeben haben.« Heute steht an dieser Stelle die Grundschule am Niederbronner Weg.



- Ein Krankenhaus wurde offenbar nicht eingerichtet. In der Häuserchronik ist vermerkt, dass es bis 1871 zum Jungbräu gehörte, anschließend von Pfarrer Johann Baptist Nobel erworben und zum Wohnhaus umgebaut wurde. Vgl. dazu: *Jakob Dirnagl*, Häuser-Chronik des Marktes Fürstenfeldbruck, Fürstenfeldbruck 1878. Ab 1892 diente es als »Institut der Englischen Fräulein«.
- <sup>15</sup> *Adrian von Riedl*, Reiseatlas von Bayern, München 1796 und Steuerkataster-Commission 1809, beides zitiert in: *Jakob Groß*, Chronik von Fürstenfeldbruck, Fürstenfeldbruck 1877, S. 387.
- <sup>16</sup> *Dirnagl*, S. 45. – Zum vorausgehenden 18. Jahrhundert vgl. *Markus A. Denzel*, Professionen und Professionisten. Die Dachsbärgische Volksbeschreibung im Kurfürstentum Baiern (1771–1781), Stuttgart 1998, S. 195–199.
- <sup>17</sup> Vgl. *Franz Schaehle*, Zur Geschichte der Posthalterei Fürstenfeldbruck, in: Archiv für Postgeschichte in Bayern 8 (1932), Heft 1, S. 46.
- <sup>18</sup> Privatarchiv der Familie Weiß, Fürstenfeldbruck, Bd. X/24 b und X/24 c.
- <sup>19</sup> *Groß*, S. 377.
- <sup>20</sup> Der Staat hatte deshalb keine öffentliche Versteigerung ausgeschrieben und die Fürstenfelder Klosterrealitäten am 9. Juli 1803 geschlossen an den aufstrebenden Unternehmer verkauft. Vgl. den Beitrag *Eva von Seckendorff*, Säkularisation als ökonomische Chance: Die Unternehmer Ludwig Philipp Weiß und Ignaz Leitenberger, in diesem Heft.
- <sup>21</sup> Die bei der Klosteraufhebung vorhandenen 463 Medikamente aus dem Mineral-, Pflanzen- und Tierbereich sind im Versteigerungsprotokoll einzeln aufgeführt. Vgl. auch *Robert Weinzierl*, Salben und Tinkturen zum Heil der Menschen, in: Brucker Blätter 2001, S. 43–44.
- <sup>22</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/14.
- <sup>23</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/14.
- <sup>24</sup> Die Apotheke hatte auch zu Klosters Zeiten keinen Gewinn abgeworfen. Das Kloster hatte den Apotheker und seinen Gehilfen bezahlt; Kette hatte 80 Gulden jährlich als Barlohn und zusätzlich 5 Gulden Trinkgeld sowie die so genannte Herrenkost erhalten, das heißt täglich zwei weiße Brote, zwei Maß Bier, Medizin, Wohnung, Heizung und Licht. Dafür musste er die Konventualen, die Klosterbediensteten und Bedürftige der Umgebung kostenlos mit Arzneien versorgen. Andere hatten dafür zu zahlen. Mit den von diesen Privatpatienten erzielten Jahreseinnahmen von zirka 60 Gulden war es aber nicht möglich gewesen, den Aufwand für den Apotheker und seine Laboranten, geschweige denn die Herstellungskosten der Arzneien zu decken. Vgl. BayHStA, KL Fasz. 236/37.
- <sup>25</sup> BayHStA, LRA 124 575.
- <sup>26</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/11: Entscheidung der Generallandesdirektion zur Entschädigung der Bediensteten mit Kulturlandgrößen (entspricht einer Aufstellung Heydolphs vom 16. 2. 1810 von 13 Personen, die nicht pensionsberechtigt waren).
- <sup>27</sup> KL Fasz. 231/14: Schreiben vom 5. April 1803.
- <sup>28</sup> Accoucheur (frz.) = Geburtshelfer.
- <sup>29</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/14.
- <sup>30</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/14: Schreiben Heydolphs vom 28. Juni 1803.
- <sup>31</sup> Juchert oder Jauchert = Joch, etwas größer als ein 1 Tagwerk.
- <sup>32</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/18.

<sup>33</sup> BayHStA, KL Fasz. 236/38. Vgl. *Weinzierl* (wie Anm. 21), S. 88–89.

<sup>34</sup> Wermuth war verheiratet und hatte vier Kinder, die allerdings erst in den Jahren 1803, 1804, 1807 und 1814 geboren wurden, vgl. Personalakt von 1820, in: StA München RA Fasz. 1131/15742.

<sup>35</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/14.

<sup>36</sup> Wie lange Wermuth diese Zahlung erhielt und zu welchem Zeitpunkt die von Heydolph genannte Schullandeskasse eingesprungen ist, lässt sich nicht feststellen. Vermutlich war dies aber bald der Fall, da Wermuth in einem detaillierten schriftlichen Rückblick seinen Jahresverdienst mit 400 fl angibt. Vgl. Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, A 65.

<sup>37</sup> StA München, RA Fasz. 1131/15742

<sup>38</sup> In der Schulbeschreibung von 1808 wird er als »ungeprüft« bezeichnet. Vgl. BayHStA, GR Fasz. 1380 Nr. 17 und 17½: Schulbeschreibung 1808 für die Landgerichte Dachau, Landsberg und Starnberg. – In seiner Bewerbung aus dem Jahr 1801 unterzeichnet Wermuth als »Hautboist (Oboist) einer löblichen Schützen Compagnie in München«, vgl. Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, A 65.

<sup>39</sup> Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, A 65: Schreiben des Lehrers Wermuth an die Marktgemeinde Fürstenfeldbruck vom 10. August 1830.

<sup>40</sup> Fürstenfeldbruck-Dachauer Wochenblatt vom 7. 12. 1851, S. 198 und 199.

<sup>41</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/14.

<sup>42</sup> BayHStA, Lokalkommission Fürstenfeld 3 und 5.

<sup>43</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/14.

<sup>44</sup> Im Jahr 1804 beantragte die Marktgemeinde beim kurfürstlichen Rentamt in Dachau die Aufhebung des Brückenzolls, wofür sich die Gemeinde verpflichten würde, die Brücke instand zu halten. Am 16. Juli 1804 wird der Gemeinde Bruck daraufhin der Brückenzoll erlassen. Vgl. Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, A 156.

<sup>45</sup> Hier sind die Französischen Revolutionskriege von 1796 und 1800 gemeint.

<sup>46</sup> Eine Seifensiederei war mit starker Geruchsbelästigung für die Umgebung verbunden.

<sup>47</sup> BayHStA, KL Fasz. 236/38.

<sup>48</sup> BayHStA, KL Fasz. 231/14.

<sup>49</sup> *Groß*, S. 378 beschreibt das Zollhaus folgendermaßen: »Es war durchgängig gemauert, zweigädig und mit Ziegeln eingedeckt, gegen die Straße hin 69 Schuh lang und 42 Schuh breit, rückwärts gegen die Amber aber nur 30 Schuh. (...) Vor dem Hause befand sich ein Schlagbaum.« Nach dieser Beschreibung und den Angaben, die sich in der Häuserchronik (*Dirnagl*, Bd. I, S. 11) finden, lokalisieren wir das ehemalige Zollhaus beim heutigen Leonhardsplatz, und zwar schräg gegenüber oder an der Einfahrt zum Stockmeierweg.

<sup>50</sup> Vgl. dazu: *Max Spindler*, Handbuch der bayerischen Geschichte, Bd. IV/1, München 1974, S. 45–46.

<sup>51</sup> Stadtarchiv Fürstenfeldbruck, A 65.

Anschrift der Verfasserin:

Angelika Mundorff M. A., Stadtmuseum Fürstenfeldbruck,  
82256 Fürstenfeldbruck

## Die Säkularisation als ökonomische Chance

Die Unternehmer Ludwig Philipp Weiß (1764–1824) und Ignaz Leitenberger (1764–1839)

Von Dr. Eva von Seckendorff

Während die meisten Bürger des Marktes Bruck die Säkularisation als Verlust ihrer Einkommenquelle und als Bedrohung der Lebensgrundlage erfuhren, hat dies Ereignis für den Posthalter Ludwig Philipp Weiß, einen Brucker Bürger mit beträchtlichem Besitzstand, Bildung und Unternehmergeist und den erfolgreichen böhmischen Kattunfabrikanten Ignaz Leitenberger durchaus neue Perspektiven eröffnen können. Bayern war nach 1800 auf dem Weg zu einem modernen Staatswesen. Unter Führung des mächtigen Ministers Maximilian von Montgelas wurde der Staat in den Jahren von 1799 bis 1813 einer Modernisierung unterzogen. Das ehrgeizige Reformprogramm setzte an zum Kampf gegen kirchliche und adelige Vorrechte. Vor allem richtete sich die politische Macht gegen Gewerbeprivilegien und Zunftwirtschaft und setzte auf wirtschaftsliberale Inhalte. Die Säkularisation war also eingebettet in Reformen, die unternehmerische und gewerbliche Initiativen förderten. Allerdings wurden die unternehmerischen Kräfte, die sich in diesen Jahren betätigen

wollten, immer wieder stark behindert durch die verheerenden Auswirkungen der Napoleonischen Kriege.

Ludwig Philipp Weiß

Ludwig Weiß konnte aus der Säkularisation vor allem durch den Erwerb von Immobilien und Grundstücken einen weitreichenden ökonomischen Nutzen ziehen. Ein Gewinn ergab sich hierbei nicht aus kurzfristigen Spekulationsgeschäften, sondern verdankt sich dem ökonomischen und strategischen Denken, mit dem Weiß in dem neuen modernen Staatswesen sein Postgeschäft zu konsolidieren suchte. Offiziell verbuchte Weiß die Säkularisation zunächst als Verlust: »Als die Klöster in Bayern aufgehoben wurden, so traf es auch unser Kloster Fürstenfeld, mit diesem verloren wir auch unser bedeutendes Kloster Hofmarksgericht und auch das Königliche Forstamt wurde versetzt, was dieser dreyfache Schlag mich, und den ganzen Markt getroffen, lässt sich leicht schließen.«<sup>1</sup> In der Tat erlitt die Karriere des Ludwig Weiß in den Zeiten der Säku-